

16. August 2007, Stadtrat Bern, Traktandum 21

Vortrag Beat Gubser zur

Motion Beat Gubser (EDU): Dem politischen Islam symbolische Grenzen setzen

Den politischen Islam ernst nehmen

Als ich vor gut einem Jahr das erste Mal von der „Stopp Minarett“ - Petition in Langenthal gehört habe war meine spontane Reaktion: Der Bau eines Minaretts ist eine Frage der Religionsfreiheit. Es ist falsch Unterschriften gegen den Bau eines Minaretts zu sammeln.

Im September 2006 wurde die neue Bauordnung in der Stadt Bern angenommen welche die neue Dienstleistungszone enthält, in der auch religiöse Versammlungslokale vorgesehen sind, was die EDU explizit unterstützt hat.

Daraufhin hat es mich interessiert ob es in der Stadt Bern ein Moscheeprojekt gibt, da ja bekannt ist, dass es den Muslimen zum Teil an geeigneten Versammlungslokalen fehlt. Die Antwort im November auf meine Kleine Anfrage ist überraschend aber nicht unerwartet gewesen: Ja, es hat bereits eine Voranfrage bezüglich Moschee mit Minarett in der neuen Dienstleistungszone gegeben.

Der EDU ist es ein Anliegen dass religiöse Gemeinschaften sich in geeigneten Versammlungslokalen treffen und ihre Religion frei ausüben können. Dies ist ein wichtiges Element der Religionsfreiheit. Als Freikirchler wissen wir sehr genau, oftmals aus eigener Erfahrung, dass es für religiöse Minderheiten nicht einfach ist geeignete Lokale zu mieten, zu kaufen oder zu bauen.

Auf Grund der Minarett Diskussion in Langenthal habe ich mich mit dem Islam dann noch vertiefter beschäftigt. Das Resultat ist die Motion „Dem politischen Islam symbolische Grenzen setzen“ gewesen. Wieso mein Meinungsumschwung gegenüber der ersten Reaktion auf die „Stopp Minarett“ - Petition?

Dem Thema Islam wird man nicht gerecht wenn man es nur aus der Perspektive der Religionsfreiheit betrachtet. Ein weiterer wichtiger Aspekt, welcher vielfach vergessen geht, ist die Trennung von Religion und Staat. Wie aus meiner Motion ersichtlich ist, gibt es im Islam die Trennung von Religion und Staat nicht. Sie widerspricht sogar dem Fundament des Islam. Der Prophet Mohammed ist, im Unterschied z.B. zu Jesus, welcher sich klar für die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen hat,

eben nicht nur Religionsstifter, sondern auch Politiker gewesen und hat sozusagen selber den islamischen Staat gegründet. Der Islam ist nicht nur eine Gemeinschaft von Gläubigen sondern auch eine Staatsform.

Aus islamischer Sicht ist die Welt ursprünglich islamisch, denn bereits Adam und Eva sind Muslime gewesen. So bemüht sich der gläubige Muslim, im Unterschied zum säkularen, nach Schätzungen etwa 20% der Muslime in der Schweiz, darum, die Botschaft des Islams durch seine Worte und Taten zu verbreiten und die Welt wieder in ihren ursprünglichen islamischen Zustand zurückzuführen. Dabei geht es nicht nur um das Seelenheil sondern auch um die Aufrichtung des islamischen Staates welcher letztlich zur Diskriminierung von Nicht-Muslimen führt und im Widerspruch zur freiheitlichen Demokratie steht.

Man kann sich fragen ob es nicht ein wenig übertrieben ist wegen der politischen Dimension des Islams gleich ein Minarettverbot zu verlangen? Die EDU ist der Meinung dass ein solches Verbot gerechtfertigt ist. Der Islam ist nicht irgendeine Nischenreligion sondern die zweitgrösste Weltreligion. In islamischen Ländern ist die Religionsfreiheit nicht gewährleistet, nicht einmal in der Türkei. In etlichen islamischen Ländern werden Christen ernsthaft unterdrückt und verfolgt. Selbst in der Schweiz kann es für einen Muslim problematisch sein wenn er sich zu Jesus hinwendet. Rein mit integrativen Massnahmen kann man die Herzen von gläubigen Muslimen nicht verändern, denn Integration setzt Integrationswillen voraus und Allahs Gesetz steht über menschlichen Gesetzen. Deshalb werden sich Parallelgesellschaften bilden. Solche Parallelgesellschaften können zu einem erheblichen Problem werden. Aus Passivität oder falscher Toleranz entsteht kein Respekt. Je früher dem politischen Islam Grenzen gesetzt werden, je besser. Als Land mit christlicher Herkunft dürfen wir dem Islam signalisieren dass wir kein islamisches Land werden wollen.

Wieso denn eigentlich gerade ein Minarettverbot? Minarette, und auch Moscheen, sind aus den arabischen Heerlagern zur Ausbreitung des frühislamischen Reiches entstanden. Sie haben also politisch-militärische Wurzeln. Im Weiteren haben zu den ersten Minaretten auch umgewandelte christliche Kirchtürme gehört. Es ist deshalb kein Zufall dass sie in der islamisch-theologischen Überlieferung als Symbole der Eroberung gelten. Zur Ausübung ihres Glaubens benötigen die Muslime keine Minarette. Das wird auch von führenden Muslimen in der Schweiz bestätigt. Es gibt auch Gegenden auf der Welt wo Minarette generell nicht üblich sind. Ein

Minarettverzicht erhöht die Akzeptanz von Moscheebauten in der Bevölkerung. Sobald Minarette etabliert wären, würde, auch wieder im Namen der Religionsfreiheit, früher oder später die Forderung nach dem Muezzinruf laut werden. Zur Antwort des Gemeinderates. Bezüglich der Religionsfreiheit teile ich seine Ansicht. Bereits in meiner Motion habe ich darauf hingewiesen dass alle Menschen in unserem Land ihren Glauben frei wählen und ausüben dürfen. Leider geht der Gemeinderat aber auf den Inhalt die Motion, wo es um den politischen Islam und die Trennung von Religion und Staat geht, gar nicht ein und nimmt somit das Anliegen, welches auch einem Teil der Bevölkerung beschäftigt, gar nicht ernst.

Wie wir anhand der Projektidee vom Islam-Zentrum in der Wankdorf City gesehen haben hat der Islam durchaus Ambitionen in der Schweiz. Und dies auf allen gesellschaftlichen Gebieten. Deshalb ist es jetzt angebracht den politischen Islam ernst zu nehmen und ihm Grenzen zu setzen. Ein Minarettverbot richtet sich nicht gegen den Muslim als Mensch, sondern gegen den politischen Islam welcher letztlich zur Diskriminierung von Nicht-Muslimen führt und im Widerspruch zur freiheitlichen Demokratie steht.

23. August 2007, Stadtrat Bern, Traktandum 1, Fortsetzung

Motion Beat Gubser (EDU): Dem politischen Islam symbolische Grenzen setzen

Replik Beat Gubser zu den Voten

Politisches Christentum

Es wurde verschiedentlich das Thema politisches Christentum angesprochen. Jesus hat sich, im Gegensatz zu Mohammed, klar für die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen. Er hat seinen Jüngern den Auftrag gegeben das Evangelium in die Welt hinauszutragen und nicht ein politisches Reich zu Gründen. Die Urchristen waren nicht politisch aktiv. Das politische Christentum ist erst entstanden als der römische Kaiser Konstantin im Jahre 312 Christ und das Christentum im Jahre 391 zur Staatsreligion im römischen Reich wurde. Als dann noch der Kirchenvater Augustinus im 5. Jahrhundert die Gewaltanwendung in Glaubensfragen biblisch fragwürdig rechtfertigte, war der Grundstein für Religionskriege und Inquisition gelegt. Verschiedene Beispiele dazu, z.B. die Kreuzzüge im 12. und 13. Jahrhundert zu denen der Papst aufrief, sind erwähnt worden. Hier gibt es nichts zu beschönigen. Es scheint mir aber wichtig den grundsätzlichen Unterschied zum Islam zu beachten, dass nämlich Jesus, im Gegensatz zu Mohammed, sich nicht politisch betätigte und keinen politischen Auftrag erteilte und das politische Christentum erst Jahrhunderte nach Jesus entstand. Das ist für mich auch der wichtigste Grund wieso ein Minarettverbot gegen den politischen Islam gerechtfertigt und ein Kirchturmverbot gegen das politische Christentum nicht nötig ist, da das biblische Fundament fehlt. Es wurde auch bereits erwähnt dass mit der Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert die Trennung von Kirche und Staat wieder eingeleitet wurde, was letztlich auch die Religionsfreiheit ermöglichte, und welche wir in der Schweiz den Freisinnigen zu verdanken haben. Die Gewaltentrennung von Kirche und Staat ist ein Segen und ein Schutz für die Kirche wie für den Staat.

Ist denn Jesus ganz unpolitisch? Nein, nach der Bibel wird er selber bei seiner Wiederkunft sein politisches Reich aufrichten. Wann das sein und wie das genau aussehen wird weiss allerdings niemand.

Christliche Parteien

Als christliche Partei kann man sich ja einfach für ein gutes und gerechtes Staatswesen einsetzen, und das ohne Hintergedanken.

Haus der Religionen

Mit dem Haus der Religionen kann man vielleicht das gegenseitige Verständnis fördern oder eine neue Religion gründen aber man kann sicher nicht die Fundamente der bestehenden Religionen ändern.

Atheismus

Es sind in der Menschheitsgeschichte nie so viele Menschen verfolgt und umgebracht worden wie unter atheistischen Regierungen. Ich denke da an den Kommunismus und den Sozialismus aber auch an den Nationalsozialismus. Ohne Gottesbezug wird es wohl nicht wirklich besser.

Anhang

Türkei

Eingeschränkte Religionsfreiheit

- Christliche Gemeinden werden nicht als juristische Personen anerkannt, weshalb sie weder Grund noch Gebäude kaufen, mieten oder erben können
- Den Christen ist es so gut wie unmöglich eine neue Kirche zu bauen
- Selbst wo christliche Gemeinden noch aus osmanischer Zeit Güter besitzen, werden diese von der Republik bis heute schrittweise enteignet
- Priesterausbildung ist verboten und es dürfen auch keine Geistlichen aus dem Ausland geholt werden, was dazu führt dass es schon bald keine Priester mehr geben wird
- Am 18. April 2007 wurden 3 Mitarbeiter eines Bibel-Verlages, 2 konvertierte Türken und 1 Deutscher, aus religiösen Motiven gefoltert und ermordet

Trennung von Religion und Staat

- Die Türkei ist ein säkularer Staat in dem Sinne, dass die Religion keinen Einfluss auf den Staat nehmen kann
- Das Amt für Religionsangelegenheiten (100'000 Planstellen) kontrolliert die Religion
- Es verfasst auch die Predigten, die beim Freitagsgebet in den türkischen Moscheen vorgetragen werden

Christenverfolgung nach Open Doors

02	Saudi-Arabien	66.5
03	Iran	65.5
04	Somalia	63.0
05	Malediven	62.0
06	Jemen	59.5